

# 33. Studierendenparlament der Universität Bielefeld

Protokoll der vierten Sitzung am 14. Dezember 2006

Unter dem Vorsitz des INGO BOWITZ, der WIEBKE ESDAR und des CHRISTIAN OSINGA tagte das dreiunddreißigste Studierendenparlament der Universität Bielefeld am Donnerstag, 14. Dezember 2006 in vierter Sitzung im Raum R2-149, wovon diese Niederschrift der Nachwelt künden möge.

## Anwesende Mitglieder:

- |  |  |
|--|--|
| <b>Kompass Hochschulgruppe (Kompass)</b>           | – CHRISTIAN OSINGA<br>(1 von 1 anwesend)   |
| <b>UNIted – Bildung für alle! (UNIted)</b>         | – THOMAS SIEBENMORGEN, CHRISTIAN QUADT<br>(2 von 3 anwesend)   |
| <b>Liste Rauchfreie Uni (LRU)</b>                  | – —<br>(0 von 3 anwesend)  |
| <b>Für die Mitte, bitte!! (MITTE)</b>              | – —<br>(0 von 1 anwesend)  |
| <b>Chronisch Schwule Union (C.S.U.)</b>            | – HEINZ-HARALD TIEMANN<br>(1 von 1 anwesend)   |
| <b>grüne hochschulgruppe*offene Liste (ghg*ol)</b> | – INGO BOWITZ, JANOSCH STRATEMANN, VANESSA KLEINEKATHÖFER, MARTIN ISBRUCH, MICHAEL KÖMM, HENRIK PRUISKEN, ANNA MARIA TROST, JANINA NEUFELD, MAIKEL LINKE (Vertr.), JONAS DAMIAN (Vertr.)<br>(10 von 10 anwesend) |
| <b>Ring Christl.-Demokr. Studenten (RCDS)</b>      | – CORNELIA EICHERT, FRANK-THOMAS HOFMANN, GÖTZ FROMMHOLZ<br>(3 von 3 anwesend)   |
| <b>Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG)</b>             | – WIEBKE ESDAR, TILL WESTERMANN, JAN SEELHORST (Vertr.)<br>(3 von 3 anwesend)  |
| <b>:uniLinks!</b>                                  | – DANIEL KRENZ-DEWE, FLORIAN MUHLE (Vertr.)<br>(2 von 2 anwesend)  |

## Fehlende Mitglieder:

UNIted – Bildung für alle! (UNIted)	– MOUNA AMRANI
Liste Rauchfreie Uni (LRU)	– MILENA MILUSHEVA, TIM GÖRITZ, JAN RICK
Für die Mitte, bitte!! (MITTE)	– DIRK BEHRINGER
grüne hochschulgruppe*offene Liste (ghg*ol)	– LISA HENKE (e), JENS HELLMANN (e)
Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG)	– ANTJE SEEFELDT (e)
:uniLinks!	– MAREIKE GRONICH (e)

## Anwesende Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses:

Vorsitz	– INGA MÜLLER, JAN BINDER
Finanzreferat	– RON HÜLSKÖTTER
Sozialreferat	– JOHANNES GEUTER
Referat für Gleichstellung	– —
Referat für Öffentlichkeit	– —
Referat für Hochschul- und Bildungspolitik	– JAN-HENDRIK TERSTEGGE
Referat für Internationalismus und Frieden	– —
Kulturreferat	– JAN BINDER
Referat für Ökologie und Gesundheitsschutz	– INGA MÜLLER
Referat für Internetbetreuung	– —
Referat für Antifaschismus	– —

## 1 Formalia

### a) Begrüßung

Die stellvertretende Vorsitzende WIEBKE ESDAR (Juso-HSG) eröffnet als Sitzungsleiterin um 19<sup>20</sup> Uhr die vierte Sitzung des dreiunddreißigsten Studierendenparlamentes der Universität Bielefeld und begrüßt die anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Sie teilt mit, dass CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) erkrankt sei und daher INGO BOWITZ (ghg\*ol, StuPa-Vorsitz) und sie zunächst zu zweit die Vorsitz-Geschäfte führen würden.

### b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

Zweifel an ordnungsgemäßer Einladung werden nicht geäußert. Die stellvertretende Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Studierendenparlamentes mit 17 von 27 anwesenden Mitgliedern fest.

### **c) Wahl einer Protokollführerin oder eines Protokollführers**

JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) schlägt MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) als Protokollführer vor, dieser erklärt sich dazu bereit. Es regt sich, auch auf Nachfrage, kein Widerspruch.

**Damit ist MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) als Protokollführer der vierten Sitzung des dreiunddreißigsten Studierendenparlamentes bestimmt.**

### **d) Feststellung der Tagesordnung**

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen der mit der Einladung verschickten Tagesordnung beantragt.

**Damit ist die Tagesordnung einmütig wie folgt festgestellt:**

1. Formalia
  - a) Begrüßung
  - b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung
  - c) Wahl einer Protokollführerin oder eines Protokollführers
  - d) Feststellung der Tagesordnung
2. Protokollgenehmigungen
3. Gäste
4. Bericht des StuPa-Vorsitzes
5. Bericht des AStA
6. Berichte aus Senat und Kommissionen
7. Genereller Umgang mit Fachschaftsanhträgen
8. Wahlen und Nominationen
  - a) StudierendenvertreterIn für den Studienfonds OWL (1 Person)
  - b) Fahrgastbeirat Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe (1 Person)
9. Nachtragshaushalt 2006
  - a) Zweite Lesung
  - b) Dritte Lesung
10. Haushalt 2007
  - a) Zweite Lesung
  - b) Dritte Lesung
11. Anträge
12. Sonstiges

## 2 Protokollgenehmigungen

Es liegt der Entwurf des Protokolls der dritten Sitzung des dreiunddreißigsten Studierendenparlaments zur Genehmigung vor, der Protokollant JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) ist anwesend. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) und Christian Quadt (UNIted) bitten um richtige Schreibung ihrer Namen, was der Protokollant übernimmt. CORNELIA EICHERT (RCDS) beantragt, auf Seite sieben in der Wortmeldung von GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) die Formulierung „mensch“ in „man“ zu ändern, da er dies auch so gesagt habe. Außerdem seien grammatikalische Fehler zu berichtigen. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) bittet um richtige Schreibung seines Namens auf Seite zwölf sowie auch bei Gästen um Nennung des Nachnamens. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol, Protokollant dritte Sitzung) weist darauf hin, dass dies auch in der Vergangenheit nicht immer geschehen sei, übernimmt jedoch die vorgeschlagenen Änderungen.

Das insofern abgeänderte Protokoll wird zur Abstimmung gestellt.

*Abstimmungsergebnis: 15 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung*

**Damit ist das Protokoll der dritten Sitzung des dreiunddreißigsten Studierendenparlaments mit Änderungen genehmigt.**

## 3 Gäste

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) weist darauf hin, dass der in der letzten Sitzung vertagte Antrag der Fachschaft Soziologie erst unter TOP 7 („Genereller Umgang mit Fachschafts-anträgen“) verhandelt werden solle, da hierzu ein Votum des Treffens aller Fachschaften (TaF) vorliege.

### a) Fachschaft Psychologie

Für die Fachschaft Psychologie ist JOHANNES GEUTER anwesend und erläutert folgenden Antrag der Fachschaft Psychologie:

Das StuPa möge beschließen:  
„Die Fachschaft Psychologie erhält eine Ausfallbürgschaft im Rahmen von bis zu € 500 zur Ausrichtung der Bundesfachschaftenkonferenz (PsyFaKo) vom 19. bis 21. Januar 2007.“

Außer einer Verständnisfrage von WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) bestehen keine Rückfragen, der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

*Abstimmungsergebnis: 18 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung*

**Damit ist der Antrag der Fachschaft Psychologie angenommen.**

## 4 Bericht des StuPa-Vorsitzes

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) berichtet von einem Schreiben des Studierendenwerkes wegen liegen gebliebener Mensa-Flyer von u. a. AStA und Hochschulgruppen und appelliert an eben diese, beim Einsammeln der Flyer weniger nachlässig zu sein. Das Studierendenwerk drohe mit Umlegung der Altpapierkosten oder genereller Untersagung der Flyer-Auslage. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) möchte wissen, ob der StuPa-Vorsitz schon auf das Schreiben geantwortet habe. Er sieht das Problem, dass während des Flyer-Einsammelns noch Leute in der Mensa sitzen und somit das Einsammeln nicht so einfach sei. JONAS DAMIAN (ghg\*ol) berichtet von e-mail-Verkehr mit der zuständigen Mitarbeiterin des Studierendenwerkes, die für das Einsammeln der Flyer eine Frist bis 14<sup>45</sup> (Beendigung des Einsammelns) zugesagt habe.

Der Bericht über das TaF soll unter TOP 7 („Genereller Umgang mit Fachschaftsanhträgen“) erfolgen.

Gehörigen Unmut erregt momentan die geänderte Plakatierungsordnung der Universität, hierüber hat WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) zufolge auch das TaF beraten. Hierzu habe der StuPa-Vorsitz zur Information die aktuelle Fassung mit kenntlich gemachten Änderungen als Tischvorlage vorgelegt. VertreterInnen des TaF hätten zur Erörterung der Sachlage einen Termin mit Kanzler HANS-JÜRGEN SIMM ausgemacht, der allerdings kurzfristig geplatzt sei. Die Fachschaften bäten zudem das StuPa um eine Äußerung, um den Fachschaften den Rücken zu stärken. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) stellt fest, dass in der Plakatierungsordnung das Plakatieren an den Aufzügen nicht verboten sei, die dort angebrachten Plakate jedoch trotzdem entfernt würden. Hierzu erläutert JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent), dass die Reinigungsfirma Anweisung habe, dort genauso wie in der Halle Plakate sofort zu entfernen. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) erläutert, dass die Arbeitsgruppe zur Umgestaltung der Halle eine andere Lösung vorgeschlagen habe (Zur-Verfügungstellung von expliziten Anschlagflächen, aber Duldung von Plakatierung an anderen Orten). Er sei gerne bereit, diese Angelegenheit in Gremien und gegenüber den zuständigen Personen nochmals zu thematisieren. INGO BOWITZ (ghg\*ol, StuPa-Vorsitz) berichtet, dass die ghg\*ol nach Plakatentfernungs-Erfahrungen hierzu einen Brief an die Prorektorin für Organisationsentwicklung ULRIKE DAVY geschrieben habe und auch an die Öffentlichkeit gehen werde. Er fordert auch andere dazu auf, das Rektorat müsse Druck von vielerlei Seite bekommen. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) stellt das faktische Plakatierungsverbot in den Kontext der zunehmenden Ästhetisierungsbestrebungen von Architekt und Ästhetischem Zentrum. Er schlägt vor, Veranstaltungsplakate immer auch auf S3 auszuhängen, damit das Ästhetische Zentrum auch immer gut über Veranstaltungen im Hause informiert sei. Das TaF habe diese Idee durchaus mit Wohlwollen aufgenommen, eine Fachschaft habe dafür die Verwendung von Sprühkleber vorgeschlagen.

## 5 Bericht des AStA

Für den AStA berichtet zunächst die Vorsitzende INGA MÜLLER, dass die Situation im Autonomen Referat der Studierenden mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen (RSB) nach wie vor verhärtet sei, obwohl der AStA zu vermitteln versucht habe. Teile des RSB hätte zudem selbiges eigenmächtig umbenannt in „Referat für Studierende mit körperlichen Behinderungen“ und dies auch publiziert. Für Januar sei ein Gespräch von AStA, RSB-VertreterInnen und Universitätsverwaltung vereinbart. Der AStA bereite weiterhin die Widerspruchsvordrucke für diejenigen Studierenden vor, die im Sommersemester 2007 erstmalig studiengebührenpflichtig werden. Die Vordrucke würden im Januar rechtzeitig zur Verschickung der Gebührenbescheide fertig gestellt. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) berichtet weiter, dass weiterhin mit dem Studentenwerk über einen höheren Anteil von

kontrolliert biologisch erzeugten Speisen in der Cafeteria gesprochen werde. Der AStA habe hierzu bereits Verkostungen durchgeführt; es sei damit zu rechnen, dass die Cafeteria zumindestens versuchsweise auch einige solche Produkte aufnehme. Beim Thema „erhöhter Finanzierungsnachweis für ausländische Studierende wegen Studiengebühreneinführung“ habe der AStA erreichen können, dass die Ausländerbehörde von einer Erhöhung des Finanzierungsnachweises (geplant: von € 7.000 auf € 8.000) absehen werde. Die AStA-Argumentation, aufbauend auf den „unechten Stipendien“, wurde akzeptiert.

JAN BINDER (AStA-Vorsitz) berichtet von der „Frostschrei“-Demo am 6. Dezember, die mit 150 Personen (Polizei-Angabe) bzw. 300 Personen (AStA-Schätzung) gut besucht gewesen sei. Der Demonstrationzug sei vom Rathaus zur Uni gezogen, anschließend habe es ein kleines Kulturprogramm im AudiMin gegeben. Der Brecht-Abend am 12. Dezember sei bei den 34 Gästen gut angekommen. Weiterhin habe das Kulturreferat mit den Vorbereitungen für das festival contre le rassisme 2007 begonnen, Anfang Januar werde dies konkretisiert. Weitere interessierte MitarbeiterInnen seien hierzu willkommen. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) relativiert die Einschätzung zur „Frostschrei“-Demo, eine Demonstration von 300 Leuten würde er bei 16.000 Studierenden nicht als erfolgreich bezeichnen. So hätten vielleicht 2% der Studis teilgenommen, 98% der Studis sei die Demo „am Arsch vorbei gegangen“. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) entgegnet, aus seiner subjektiven Einschätzung sei die Demo erfolgreich gewesen, die TeilnehmerInnenzahl habe sich auch im Vergleich zur vorhergegangenen „Frustschrei“-Demo verdoppelt. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) betont, dass die anwesenden 300 Leute mehr Rabatz gemacht hätten, als bei anderen Demos 2.000 Leute. Insofern sei die Demo durchaus als Erfolg zu werten.

Aus dem Sozialreferat berichtet JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent), dass sie in der letzten Zeit verstärkt mit den NRW-Bank-Krediten zu tun gehabt hätten. Dabei habe die Uni nicht auf die Verlängerung der Antragsfrist hingewiesen, obwohl das die NRW-Bank explizit getan habe. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) berichtet von einem zufälligen Gespräch mit dem Leiter des Studierendensekretariates, STEFAN BURCHERT, der das Ganze für ein Missverständnis gehalten halten würde. So habe das Studierendensekretariat explizit nur die NachrückerInnen im Losverfahren über die Fristverlängerung informiert, um die Altfälle – für welche die Verlängerung wohl nicht galt – nicht unnötig zu verunsichern. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) wiederum berichtet, dass sehr wohl Leute vom Studierendensekretariat abgewiesen worden seien, obwohl sie noch Anspruch auf Beantragung eines NRW-Bank-Kredites gehabt hätten. JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent) ergänzt, dass dem Studienkonten-/gebührenberater des AStA, STEFAN BRÖHL, die Beantwortung von Fragen durch das Studierendensekretariat verweigert wurde. Der Geschäftsführer der NRW-Bank habe auf Anfrage das Verhalten des örtlichen Studierendensekretariates nicht nachvollziehen können.

GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) fragt den AStA-Vorsitz nach einem Entschuldigungsschreiben des AStA an den hochschulpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, MICHAEL BRINKMEIER, und möchte wissen, warum dies der AStA-Vorsitz und nicht der zuständige Referent unterschrieben habe. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) antwortet, dass sich der AStA insgesamt als Institution entschuldigt habe, insofern der Vorsitz für den AStA unterschrieben habe. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) empfindet dies als einen Akt mangelnder Zivilcourage seitens des zuständigen AStA-Referenten. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) betont, dass die AStA-News mit der strittigen Formulierung vom AStA publiziert worden sei, insofern könne auch der AStA sich entschuldigen. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) weist darauf hin, dass nach Satzung der AStA-Vorsitz verantwortlich sei „für den ganzen Haufen“. Insofern könne der AStA sich auch insgesamt entschuldigen. Zudem würde die Entschuldigung doch durch Unterschrift des Vorsitzes nochmals „aufgewertet“, der Empfänger könne sich also noch zusätzlich gebauchpinselt fühlen.

## 6 Berichte aus Senat und Kommissionen

Aus der Universitätskommission für Organisationsentwicklung (OE-Kommission) berichtet JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol). Streitpunkt in der Kommission sei vor allem die Ausgestaltung der Mitbestimmung im neu geschaffenen „ServiceCenterMedien“ (SCM) gewesen. Das Rektorat wolle einen undemokratisch nach Belieben des Rektorats zusammengesetzten Beirat durchdrücken, „man müsse dem Rektorat vertrauen“ (ULRIKE DAVY). Die StudierendenvertreterInnen hätten dagegen auf dem üblichen Einfluss der Statusgruppen bestanden. Das sei allerdings von DAVY als „kein Sachargument“ abgetan worden. Ihrer Ansicht nach arbeite die bisherige AVZ-Kommission nicht optimal. Die Beirats-Lösung sei anschließend gegen die Studis durchgestimmt worden. Weiteres Thema sei der NichtraucherInnenschutz gewesen (vgl. 3. StuPa-Sitzung vom 16. November 2006). Hierzu sei auch ein Vertreter der Initiative „Rauchfreie Uni“ (JOERG ZENDER) zugegen gewesen. Dieser sei aber von Prorektorin DAVY mehrfach aufgefordert worden, den „Mund [zu] halten“. Die OE-Kommission sei schließlich übereingekommen, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Diese solle aber zunächst die laufende Befragung abwarten. Um eine Änderung des Rauch-Konzeptes bereits zu Beginn des Sommersemesters 2007 umsetzen zu können, werde unter Umständen eine Sondersitzung des Senats in der vorlesungsfreien Zeit stattfinden. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) begehrt zu wissen, ob die Gerüchte zuträfen, dass der Vertreter der Initiative „Rauchfreie Uni“ von Frau DAVY tatsächlich begrüßt worden sei mit den Worten „Sie sind also der, der mich von der Galerie vertreiben will“. Darüber hinaus interessiere ihn, ob die OE-Kommission tatsächlich nahezu vollzählig aus RaucherInnen bestehe. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) bestätigt, dass die OE-Kommission überwiegend aus RaucherInnen bestehe. JOERG ZENDER (Initiative „Rauchfreie Uni“) bestätigt, in solcher Weise begrüßt worden zu sein, allerdings sei ihm auch eine Tasse Tee angeboten worden. Er habe den Eindruck, dass Führungsstil und Demokratieverständnis der Prorektorin DAVY äußerst kritisch zu sehen seien. Sie würde häufig Diskussionen und Beiträge ab. HENRIK PRUISKEN (ghg\*ol) fragt, warum sie das tue – ob er etwa lange Monologe gehalten habe. Einwurf DANIELA STÜKER (FS Mathe): „Das ist ja nicht so selten!“ [Allgemeine Erheiterung] JOERG ZENDER (Initiative „Rauchfreie Uni“) erläutert, Frau DAVY habe das schnell durchhaben und abkürzen wollen.

RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) berichtet aus der Forschungskommission. Diese habe sich mit verschiedensten Rankings der letzten Zeit auseinandergesetzt und dabei festgestellt, dass die Uni Bielefeld gar nicht sooo exzellent sei, wie viele zu meinen hofften. Weiterhin wollen zwei Fakultäten (Psychologie und Sportwissenschaft, N.N.) ihre Habilitationsordnungen dergestalt ändern, dass der Nachweis der Lehrfähigkeit ersatzlos entfallen soll. Begründet wurde dies durch die viele Arbeit, die eine Prüfung der Lehrqualität machen würde. Er habe dem entgegengehalten, dass die Fakultäten mit der Habilitation die Lehrfähigkeit bescheinigen würden, also müssten sie sie auch prüfen. Die VertreterInnen der anderen Statusgruppen hätten dies zwar auch für richtig gehalten, scheuten sich aber vor der vielen Arbeit, die ein Abprüfen der Lehrqualität bedeuten würde.

Die Lehrkommission habe seit der letzten StuPa-Sitzung nicht getagt, so der kommissarische Vertreter INGO BOWITZ (ghg\*ol, StuPa-Vorsitz).

Der Bericht des Vertreters in der Finanzkommission wird einmütig auf den Tagesordnungspunkt 12 („Sonstiges“) verschoben, da der Vertreter, WÖGEN TADSEN, noch nicht zugegen ist, wohl aber sein Kommen angekündigt hat.

Aus dem Senat berichtet WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz, M.d.S.). Problematisch sei momentan die Behandlung ausländischer Studierender bezüglich der Studiengebühren, da das Ministerium die Sicht des Rektorats hinsichtlich der Ausfallfonds-Freiheit der unechten Stipendien nicht geteilt habe. Zur so genannten §8-Kommission, zu der sich das StuPa auf seiner letzten Sitzung geäußert hat, hätten die ProfessorInnen nicht vom Argument der Arbeitsbelastung überzeugt

werden können. Ihrer Ansicht nach sei eine eigenständige Kommission nicht sinnvoll, da diese dann nicht den Status einer zentralen Universitätskommission hätte. Kanzler HANS-JÜRGEN SIMM habe zusätzlich auf eine Bestimmung des Hochschul„freiheits“gesetzes hingewiesen, nach der die studentischen Senatsmitglieder an der Mittelvergabe beteiligt werden müssen. Eine Einigung sei auf die Januar-Sitzung des Senats verschoben worden. Dieser Aufschub bedeute keine Verzögerung der Mittelverteilung. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) ergänzt, dass die Sitzung sehr interessant gewesen sei. Den ProfessorInnen sei es vor allem darum gegangen, THOMAS SIEBENMORGEN aus dem Gremium raus zu haben. JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent, M.d.S.) ergänzt, die ProfessorInnen würden die Frage der Gremien in der Grundordnungskommission klären wollen. Sie hätten vor allem das vom StuPa geforderte Veto-Recht gegen professorale VertreterInnen moniert. [Allgemeine Erheiterung; Einwurf MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol): „Das sagen ja grad die Richtigen!“]

Weiter berichtet WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz, M.d.S.), die Umwandlung des Audiovisuellen Zentrums in ein ServiceCenterMedien sei wegen der Abwesenheit von Prorektorin DAVY vertagt worden. Ebenso vertagt wurde der zweite Wahlgang zur Lehrkommission, der notwendig geworden war, da die professorale Senatsmehrheit die beiden vom StuPa nominierten VertreterInnen (INGA MÜLLER, JOHANNES GEUTER) am 8. November abgelehnt hatte. Begründet wurde die Vertagung von professoraler Seite mit fehlenden informellen Gesprächen im Vorfeld der Sitzung. Der StuPa-Beschluss sei zur Kenntnis genommen worden. KLAUS CACHAY habe aber dann doch noch explizit zugegeben, dass die ProfessorInnen die beiden studentischen VertreterInnen nicht gewählt hätten, weil THOMAS SIEBENMORGEN über den Statusplatz erneut in die LeKo entsandt worden war. Der Senat habe abschließend den Vorsitzenden, NEITHARD BULST, aufgefordert, im Vorfeld der Januar-Sitzung zu informellen Gesprächen einzuladen. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) weist auf die Inkonsistenz zwischen dem aktuellen professoralen Veto und der professoralen Ablehnung gegenüber studentischen Vetis bei der § 8-Kommission hin und möchte wissen, ob die studentischen SenatorInnen dies thematisiert hätten. JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent, M.d.S.) bejaht dies. Zwar sei die Diskussion von den ProfessorInnen abgewürgt worden, aber sie hätten doch geäußert, sie würden die Wahl boykottieren, den Studierenden jedoch nichts vorschreiben. Die Sinnhaftigkeit dieser professoralen Aussage möge jeder selbst beurteilen, so JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent, M.d.S.). Er berichtet weiter, dass das Oberstufenkolleg nunmehr unter die Zuständigkeit des Schulministeriums falle, daher sei (analog zur Laborschule) an der Uni eine neue Wissenschaftliche Einrichtung Oberstufenkolleg gegründet worden. Das Oberstufenkolleg habe einen Protestbrief verfasst, dem sich der Senat angeschlossen habe.

DANIELA STÜKER (FS Mathe) fragt, was es mit dem Ärger um Prorektor SAGERER wegen Geldern aus Studienkonten/-gebühren auf sich habe. JOHANNES GEUTER (AStA-Sozialreferent, M.d.S.) erläutert, ein Prof (Herr BAAKE) habe kritisch nachgefragt, Prorektor SAGERER anschließend die Kriterien erläutert, an die sich die LeKo auch immer gehalten habe. Herr BAAKE habe sich vor allem auf Florgespräche bezogen. JOERG ZENDER (FS Mathe) ergänzt, das sich auch das TaF damit beschäftigt habe, aber die Sachen seien von LeKo und Rektorat beschlossen worden.

Abschließend teilt WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz, M.d.S.) mit, dass HEINZ-HARALD TIEMANN (C.S.U.) vom Senat in das Kuratorium der Westfälisch-Lippischen Universitätsgesellschaft gewählt worden sei.

## 7 Genereller Umgang mit Fachschaftsanträgen

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) berichtet, dass sie entsprechend dem Votum der letzten StuPa-Sitzung wegen dem vertagten Antrag der Fachschaft Soziologie auf Bezuschussung



einer Fahrt zu einer Bundesfachschafftenkonferenz mit zehn Personen nach München die Problematik auf dem letzten Treffen aller Fachschafften (TaF) angesprochen habe. Das TaF habe sich folgendermaßen dazu geäußert:

- Keine generellen Regeln hinsichtlich Personenzahl und Betrag.
- Antrag der FS Soziologie sollte angenommen werden.
- Zukünftig sollte ein solcher Antrag mindestens vierzehn Tage vor Abfahrt vorliegen (es gilt das Datum der Behandlung im StuPa).
- Im Nachhinein sollte keine Bewilligung erfolgen.
- Bei Ausrichtung einer Fachschafftenkonferenz durch eine Fachschafft der Uni Bielefeld sollte eine Ausfallbürgschafft im Voraus erteilt werden, basierend auf einem ausgearbeiteten Finanzierungsplan.

TILL WESTERMANN (Juso-HSG) fragt, ob das StuPa also jedem Antrag zustimmen solle, „egal wie gaga“ er sei. JOERG ZENDER (FS Mathe) erläutert, dass dies der Sinn des Finanzierungsplanes sei, dieser kann ja auch verbessert werden. Das StuPa solle nicht „jedem Mist“ zustimmen, sondern dürfe durchaus kritisieren. DANIELA STÜKER (FS Mathe) ergänzt, dass auch für Ausrichterschafften die Zwei Wochen-Frist gelten solle, auch wenn sie das eigentlich für viel zu knapp halte.

Auf Nachfrage von FLORIAN MUHLE (uniLinks) erläutert WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) den Antrag der Fachschafft Soziologie (vgl. auch Protokoll der dritten Sitzung vom 16. November 2006):

Das StuPa möge beschließen:  
„Die Fachschafft Soziologie erhält für die Teilnahme an der Bundesfachschafftentagung vom 17. bis 19. November 2006 in München einen Fahrtkostenzuschuss in Höhe von € 600.“

*Abstimmungsergebnis: 18 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung*

**Damit ist der Antrag der Fachschafft Soziologie angenommen.**

## **8 Wahlen und Nominationen**

### **a) StudierendenvertreterIn für den Studienfonds OWL**

Für den Studienfonds OWL ist einE VertreterIn der Studierendenschafft zu wählen. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung dieser Wahl, GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) hält die formale Gegenrede.

*Abstimmungsergebnis: 13 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung*

**Damit ist der Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung angenommen.**

## b) Fahrgastbeirat Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe

CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) erläutert, Sinn und Zweck des Fahrgastbeirats sei die Beratung des Verkehrsverbundes. Der Beirat existiere nicht nur pro forma, sondern habe sich sehr für die Mitgliedschaft eines oder einer Studierenden interessiert. In der Januar-Sitzung stehe auch gleich das Semesterticket auf der Tagesordnung. INGO BOWITZ (ghg\*ol, StuPa-Vorsitz) schlägt sodann CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) für diese Aufgabe vor. Mangels weiterer KandidatInnen erfolgt die Abstimmung offen:

*Abstimmungsergebnis: 11 Ja / 3 Nein / 4 Enthaltung*

**Damit ist CHRISTIAN OSINGA in den Fahrgastbeirat des Verkehrsverbundes Ostwestfalen-Lippe gewählt.**

## 9 Nachtragshaushalt 2006

**Vorbemerkung:** Das Studierendenparlament hatte in seiner dritten Sitzung am 16. November 2006 auf Antrag von CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) beschlossen, zweite und dritte Lesung des Nachtragshaushaltes 2006 in einer Sitzung durchzuführen (vgl. § 31 (2) GO).

### a) Zweite Lesung

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes um 20<sup>40</sup> nimmt GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) für den RCDS eine Fraktionspause von zehn Minuten. Wiederaufnahme der Sitzung um 20<sup>50</sup>.

RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) weist auf den von ihm als Tischvorlage verteilten „Haushalt, so wie ich ihn mir vorstelle“. Darin enthalten seien mehrere Änderungsanträge:

1. „Der vorliegende Nachtragshaushalt 2006 wird in folgenden Titeln geändert:

Titel in Ansatz06 neu	alt	neu
01/00 a	€ 140.999,86	€ 154.469,86
02/01 e	€ 48.000,00	€ 66.000,00
11/11 e und a	€ 605.600,00	€ 523.500,00
12/11 e und a	€ 5.600,00	€ 3.825,00
13/11 e und a	€ 4.000,00	€ 1.950,00
14/11 e	€ 3.200,00	€ 1.950,00
15/11 e	€ 58.080,00	€ 53.550,00
16/11 e	€ 5.680,00	€ 4.575,00
17/11 e	€ 5.680,00	€ 4.575,00
18/11 e	€ 5.680,00	€ 4.575,00
19/11 e	€ 5.680,00	€ 0,00

Zusätzlich wird die Summe in Ansatz06 alt Einnahmen Seite 2 unten von € 3.777.969,86 auf € 3.636.700,00 berichtigt.“

2. „Der vorliegende Nachtragshaushalt 2006 wird in folgenden Titeln geändert:

- KST 52: StuPa  
AE: + € 500, Telefon: - € 150, Infomedien: - € 200, externe Verpflichtungen: + € 4.200 zu Gunsten von UK 81: fzs

- KST 58: AStA Kultur  
Sachmittel: – € 100
- KST 59: festival contre le rassisme  
Sachmittel: + € 100
- KST 76: StiB  
Sachmittel: + € 200
- UK 42: Sozialversicherung  
Ausgaben: + € 500

Die Kapitel und Unterkapitel werden entsprechend geändert. Fehlbeträge werden vom veranschlagten Überschuss abgezogen.

Die Kommentierung zum Nachtragshaushalt wird wie folgt geändert:

- UK 81 Dachverbände  
„... was uns im Jahr 2006 ca. € 14.200 kosten wird ...“
- UK 97 Neuanschaffungen  
„Langlebige Wirtschaftsgüter (> € 250), die auch inventarisiert werden.“
- Vermerke: Mehrausgaben  
„Es dürfen Mehrausgaben in Höhe der Mehreinnahmen in den jeweiligen Kapiteln und Unterkapiteln geleistet werden.“

3. „Der vorliegende Nachtragshaushalt 2006 wird in folgenden Titeln geändert:

- KST 66: AudiMin AG  
Sachmittel: - € 800

Die Kapitel und Unterkapitel werden entsprechend geändert. € 800 werden dem veranschlagten Überschuss zugeschlagen.“

RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) erläutert die Änderungsanträge. So habe das StuPa durch häufige Sitzungen und eine Urabstimmung mehr Geld ausgegeben als geplant und müsse endlich mal den Rückstand bei den fzs-Mitgliedszahlungen aufholen. Für das StiB sei nachträglich noch eine erhöhte Rechnung eingetrudelt. Die Sozialversicherungsbeiträge für die beiden vom AStA beschäftigten Sekretärinnen seien gestiegen. Die AudiMin AG habe in 2006 weniger Geld ausgegeben, um im nächsten Jahr größere Anschaffungen tätigen zu können (vgl. auch Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2007, KST 66). In der Kommentierung solle eine Anpassung an den fzs-Beitrag 2006 und die in der zweiten StuPa-Sitzung beschlossenen Inventarisierungsschwelle erfolgen. Darüber hinaus sei der neu eingefügte Vermerk zu Mehrausgaben notwendig, um beispielsweise Einnahmen aus Veranstaltungen auch wieder ausgeben zu dürfen. Dies erleichtere auch den Umgang mit Fehlbuchungen. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) merkt an, ob in diesem Vermerk nicht auch auf Kostenstellen Bezug genommen werden müsse. Der Finanzreferent stimmt dem zu und übernimmt dies in seinen Antrag, so dass der Satz nunmehr lautet: *„Es dürfen Mehrausgaben in Höhe der Mehreinnahmen in den jeweiligen Kapiteln, Unterkapiteln und Kostenstellen geleistet werden.“*

GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) fragt, warum der Überschuss von € 60.000 im Haushaltsplan 2006 auf über € 220.000 im Nachtragshaushaltsplan 2006 steigen solle. Der Finanzreferent antwortet, dass der Überschuss aus dem Haushaltsjahr 2004 aus ihm nicht bekannten Grund nicht im Haushalt 2005 eingebucht wurde. Dies müsse nun nachgeholt werden und sei einer der Hauptgründe für den Nachtragshaushalt. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) versteht dies nicht und stellt mehrere Verständnisfragen, der Finanzreferent erläutert den Umgang mit Überschüssen im jeweils alten und neuen Haushalt. VANESSA KLEINEKATHÖFER (ghg\*ol, Finanzreferentin 32. AStA) stellt fest, dass dieser Umstand dem StuPa bereits seit einem dreiviertel Jahr durch einen Bericht ihrerseits bekannt

sei. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) fügt hinzu, dass durch die traditionell konservative Schätzung der Studierendenzahlen automatisch Überschüsse entstehen müssten.

Der StuPa-Vorsitz stellt die drei Änderungsanträge des Finanzreferenten in der oben genannten Reihenfolge zur Abstimmung:

	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Änderungsantrag 1	17	0	4	<i>angenommen</i>
Änderungsantrag 2	14	3	4	<i>angenommen</i>
Änderungsantrag 3	17	2	2	<i>angenommen</i>

**Damit sind alle drei Änderungsanträge angenommen.**

## b) Dritte Lesung

Die dritte Lesung ist die namentliche Abstimmung über den Nachtragshaushalt in der Form, die der AStA-Vorschlag aus der ersten Lesung durch beschlossene Änderungsanträge in der zweiten Lesung bekommen hat (§ 31 (1) Satz 1 GO). Das dreiunddreißigste Studierendenparlament hat 27 Mitglieder, daher sind nach Geschäftsordnung (§ 31 (1) Satz 2 GO) zur Annahme des Nachtragshaushaltes mindestens 14 Ja-Stimmen nötig. Der Vorsitzende des Studierendenparlaments, INGO BOWITZ (ghg\*ol), ruft die anwesenden ParlamentarierInnen in folgender Reihenfolge zur laut vernehmlichen Stimmabgabe auf:

Liste	ParlamentarierIn	Stimme
uniLinks	DANIEL KRENZ-DEWE	Nein
uniLinks	FLORIAN MUHLE	Nein
RCDS	CORNELIA EICHERT	Nein
RCDS	FRANK-THOMAS HOFMANN	Nein
RCDS	GÖTZ FROMMHOLZ	Nein
Kompass	CHRISTIAN OSINGA	Ja
UNIted	THOMAS SIEBENMORGEN	Nein
UNIted	CHRISTIAN QUADT	Nein
ghg*ol	INGO BOWITZ	Ja
ghg*ol	JANOSCH STRATEMANN	Ja
ghg*ol	VANESSA KLEINEKATHÖFER	Ja
ghg*ol	MARTIN ISBRUCH	Ja
ghg*ol	MICHAEL KÖMM	Ja
ghg*ol	HENRIK PRUISKEN	Ja
ghg*ol	ANNA MARIA TROST	Ja
ghg*ol	JANINA NEUFELD	Ja
ghg*ol	MAIKEL LINKE	Ja
ghg*ol	JONAS DAMIAN	Ja
Juso-HSG	WIEBKE ESDAR	Ja
Juso-HSG	TILL WESTERMANN	Ja
Juso-HSG	JAN SEELHORST	Ja
	<b>Ja</b>	<b>14</b>
	<b>Nein</b>	<b>7</b>
	<b>Enthaltung</b>	<b>0</b>

Für den Nachtragshaushalt 2006 haben mehr als die Hälfte der Mitglieder des Studierendenparlaments gestimmt, er ist daher beschlossen.

## 10 Haushalt 2007

**Vorbemerkung:** Das Studierendenparlament hatte in seiner dritten Sitzung am 16. November 2006 auf Antrag von CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) beschlossen, zweite und dritte Lesung des Haushaltes 2007 in einer Sitzung durchzuführen (vgl. § 31 (2) GO).

### a) Zweite Lesung

Auch für den Haushalt 2007 hat der Finanzreferent RON HÜLSKÖTTER eine Tischvorlage mit eingearbeiteten Änderungsanträgen verteilt und erläutert diese. Er beantragt:

„Der vorliegende Haushaltsplan 2007 wird in folgenden Titeln geändert:

- KST 52: StuPa  
AE: – € 2.000
- UK 42: Sozialversicherung  
Ausgaben: + € 1.500
- UK 41: Lohn  
Ausgaben: + € 500

Die Kapitel und Unterkapitel werden entsprechend geändert. Fehlbeträge werden von der veranschlagten Sonderrücklage abgezogen.

In der Kostenstellenmatrix wird die Zeile Ergebnis 04 auf Ergebnis 05 berichtigt.

Die Kommentierung zum Haushaltsplan 2007 wird wie folgt geändert:

- UK 81 Dachverbände  
„... was uns im Jahr 2006 ca. € 10.000 kosten wird ...“
- Vermerke: Mehrausgaben  
„Es dürfen Mehrausgaben in Höhe der Mehreinnahmen in den jeweiligen Kapiteln, Unterkapiteln und Kostenstellen geleistet werden.“

Es liegen zwei weitere Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2007 vor. Zunächst erläutert HARTWIG ... den Änderungsantrag der Antifa-AG (gestellt durch KATJA KOLODZIG (AStA-Referentin für Antifaschismus)):

„Bei der Kostenstelle 72 (Antifa AG) werden € 1.000 mehr eingestellt als im Haushaltsentwurf vorgesehen. Das heißt, der Haushalt der Antifa AG beträgt € 10.000 anstelle der bisher vorgesehenen € 9.000. Die € 1.000 gehen zu gleichen Teilen in die Töpfe *Infomedien* und *Sachmittel*. Die € 1.000 werden der Kostenstelle 53 (AStA) entnommen.“

Begründet wird der Antrag mit fehlendem Geld bereits im laufenden Jahr und Planungen für das nächste Jahr, die einen Ausbau der Antifa-Bibliothek und weitere Veranstaltungen umfasst. Er schließt mit einem Apell an die StuPa-Mitglieder, sich bei der Abstimmung über diesen Änderungsantrag nicht von Koalitionsdisziplin leiten zu lassen. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) möchte wissen, warum die Antifa AG nicht auf einen Teil ihrer AE verzichte, mit € 5.500 könnte man doch eine Menge Veranstaltungen durchführen. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) erklärt, dass dies bereits im laufenden Jahr so laufe. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) fragt, warum denn dann konkret € 1.000 nötig wären. HARTWIG ... antwortet, dass die Antifa AG gerne mehr Veranstaltungen machen würde.

Die Parlamentarier von uniLinks stellen folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2007:

„KST 55 (ISR) wird um € 1.000 erhöht,  
KST 56 (IAFLR) wird um € 1.000 erhöht,  
KST 57 (SchwuR) wird um € 1.000 erhöht,  
KST 63 (RSB) wird um € 1.000 erhöht,  
KST 69 (Anaconda) wird um € 500 erhöht,  
KST 71 (FemPol AG) wird um € 500 erhöht,  
KST 72 (Antifa AG) wird um € 1.000 erhöht,  
jeweils zur Hälfte in die Töpfe Infomedien und Sachmittel.  
Von diesen insgesamt € 6.000 werden € 5.000 aus KST 53 (AStA) und € 1.000 aus KST 58  
(AStA Kultur) entnommen. Jeweils betroffen ist der Topf Sachmittel.“

DANIEL KRENZ-DEWE (uniLinks) begründet den Antrag mit einer notwendigen Dezentralisierung der Haushaltsmittel. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) möchte wissen, warum uniLinks für das Anaconda und die FemPol nur € 500 beantrage, ob ihnen also die Autonomen Referate wichtiger wären als diese AGen. MARTIN ISBRUCH (ghg\*ol) fragt, warum zwar alle Autonomen Referate aufgeführt worden seien, bei den Arbeitsgemeinschaften jedoch die AudiMin AG nicht. DANIEL KRENZ-DEWE (uniLinks) antwortet, weil dort keine politische Arbeit geleistet werde. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) hat dieselbe Frage hinsichtlich der Verkehrsgruppe. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) weist darauf hin, dass die beantragenden Parlamentarier von uniLinks auch Mitglieder der Antifa AG seien, er somit auch eine persönliche Vorteilsnahme vermuten könne. JAN-HENDRIK TERSTEGGE (AStA-Referent für HoPoBiPo) besteht darauf, dass auch Kultur politisch sehr wichtig sei und die AudiMin AG dafür wertvolle Hintergrundarbeit leiste. Daraufhin stellt DANIEL KRENZ-DEWE (uniLinks) klar, dass er nichts gegen eine Erhöhung der KST AudiMin AG habe. FRANK THOMAS HOFMANN (RCDS) kritisiert, dass zur Antifa AG mitnichten ein freier Zugang möglich sei. Die meisten Studierenden fänden sich nicht in diesen Gruppen wieder. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) hält dies für das schlechteste Argument aller Denkbaren, dass alle Nicht-Mitglieder der Antifa AG sich nicht mit ihr identifizieren. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) fragt empört, ob JAN BINDER (AStA-Vorsitz) damit etwa FRANK THOMAS HOFMANN (RCDS) als rechtsextrem bezeichnen wolle, JAN BINDER (AStA-Vorsitz) verneint dies. FRANK THOMAS HOFMANN (RCDS) verwehrt sich entschieden gegen eine Einstufung als rechtsextrem. Die Antifa AG werde vom Verfassungsschutz beobachtet, insofern sei eine Kritik an ihr nicht mit Rechtsextremismus gleich zu setzen. JAN BINDER (AStA-Vorsitz) erklärt, er habe FRANK THOMAS HOFMANN (RCDS) mitnichten als rechtsextrem bezeichnen wollen. Seiner Ansicht nach sei die politische Mitte in der Antifa AG gut aufgehoben. JONAS DAMIAN (ghg\*ol) lädt FRANK THOMAS HOFMANN (RCDS) ein, wenn er antifaschistische Arbeit machen wolle, sei er doch in der Antifa AG herzlich willkommen. HENRIK PRUISKEN (ghg\*ol) verwehrt sich gegen die Einstufung der Antifa AG als linksradikal, er würde auch keine rechtskonservativen Parteien als rechtsextrem bezeichnen. FRANK THOMAS HOFMANN (RCDS) schlägt ein Referat für die politische Mitte vor. JANOSCH STRATEMANN (ghg\*ol) erläutert den Sinn des Status „Autonomes Referat“, es gehe gerade darum, gesellschaftlich marginalisierten Gruppen eine Vertretung zu garantieren. Ein Autonomes Referat für die bürgerliche Mitte sei „völliger Blödsinn“. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) betont, dass es im StuPa immer Konsens gewesen sei, antifaschistische Arbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen. Auch die ParlamentarierInnen des RCDS seien dazu eingeladen. Zu einem Referat der politischen Mitte sei ihm unklar, was es konkret machen solle. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) sieht nicht ein, warum eine unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehende Gruppe noch € 1.000 mehr bekommen solle. Ein Mitte-Referat solle seiner Ansicht nach gegen jeglichen Extremismus agieren. Der RCDS sei nicht gegen antifaschistische Arbeit, sondern gegen die konkrete Arbeit der Antifa AG. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) appelliert an die ParlamentarierInnen, doch mehr über den Haushalt zu diskutieren.

CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) stellt folgenden Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2007:

„Der Haushaltsplan 2007 wird wie folgt geändert:

- Ausgaben:

Kapitel	1. Lesung	Antrag AStA	neu	Differenz
03/06 Sonderrücklage	€ 48.130,00	€ 47.630,00	€ 46.580,00	€ -1.050,00
50/51 normale AE'en	€ 180.865,00	€ 180.865,00	€ 181.915,00	€ 1.050,00
Summe				€ 0,00

- Kostenstellenmatrix:

Kostenstelle	1. Lesung	Antrag AStA	neu	Differenz
66 AudiMin AG (AE'en)	€ 4.800,00	€ 4.800,00	€ 5.150,00	€ 350,00
69 FKKG Anaconda (AE'en)	€ 4.800,00	€ 4.800,00	€ 5.150,00	€ 350,00
71 FemPol AG (AE'en)	€ 3.050,00	€ 3.050,00	€ 3.300,00	€ 250,00
72 Antifa AG (AE'en)	€ 5.050,00	€ 5.050,00	€ 5.150,00	€ 100,00
Summe				€ 1.050,00

- Kommentierung UK 51 Normale AE'en:

Die Erhöhung der AE'en darf nur für eine Anpassung der vollen AE an den BAföG-Höchstsatz genutzt werden. Betroffen davon sind die KST 53 mit € 3.500,-, KST 66 mit € 350,-, KST 69 mit € 350,-, KST 71 mit € 250,- und KST 72 mit € 350,-, jeweils im Kapitel Sachmittel. Diese Anpassung soll mit der Wahl des 34. AStA in Kraft treten.“

Durch diesen Antrag solle die AE-Höhe an den BAföG-Höchstsatz angepasst werden. Dies sei eigentlich auch immer so gewesen, nur sei immer weniger ausgezahlt worden. Durch gestiegene Lebenshaltungskosten und jahrelang versäumte Anpassung sei dies nunmehr dringend nötig. GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) kritisiert die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen, „die Studis müssen dafür zahlen, dass ihr auf deren Kosten arbeitet“. INGA MÜLLER (AStA-Vorsitz) erläutert, dass im AStA-Vorschlag (1. Lesung) die AE-Erhöhung für den Kern-AStA bereits eingearbeitet war, nur habe der AStA die AGen vergessen. Aber sowohl der AStA als auch die AGen benötigen fähige Leute, diese können in der für die Studierendenschaft aufgewandten Zeit kein Geld verdienen. Im Falle einer Beurlaubung bekämen sie auch kein BaföG. Niemand würde sich an AStA-Arbeit bereichern. TILL WESTERMANN (Juso-HSG) tut kund, dass er die Erhöhung vollkommen in Ordnung fände. CHRISTIAN OSINGA (Kompass, Juso-HSG) sieht den Unterschied seiner Sicht zu der des RCDS darin, dass seiner Ansicht nach die AStA-Nasen nicht auf Kosten, sondern *für* die Studierenden arbeiten würden. Diese Formulierung wird dann auch von GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS) akzeptiert.

Weiterhin liegt ein Änderungsantrag des Finanzreferenten zur AudiMin AG vor (vgl. auch Änderungsantrag zum Nachtragshaushaltsplan 2006, KST 66):

„Der vorliegende Haushaltsplan wird in folgendem Titel geändert:

- KST 66: AudiMin AG

Sachmittel: + € 800

Die Kapitel und Unterkapitel werden entsprechend geändert. Der Fehlbetrag wird vom veranschlagten Überschuss abgezogen.“

Es liegen nunmehr fünf Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2007 vor. Der StuPa-Vorsitz begibt sich in Klausur und entscheidet über die Reihenfolge. Die Abstimmungen zu den Anträgen 1, 2 und 3 erfolgen auf Antrag von FLORIAN MUHLE (uniLinks) geheim. Allsodann wird nacheinander abgestimmt:

	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Änderungsantrag 1 (uniLinks)	5	16	1	<i>abgelehnt</i>
Änderungsantrag 2 (AE-Anpassung)	16	5	1	<i>angenommen</i>
Änderungsantrag 3 (Antifa-Referentin)	6	14	2	<i>abgelehnt</i>
Änderungsantrag 4 (AudiMin AG)	18	0	4	<i>angenommen</i>
Änderungsantrag 5 (Finanzreferent)	20	0	2	<i>angenommen</i>

Damit sind die Änderungsanträge zur AE-Anpassung, AudiMin AG und der des Finanzreferenten angenommen, die beiden anderen abgelehnt.

## b) Dritte Lesung

Die dritte Lesung ist die namentliche Abstimmung über den Haushalt in der Form, die der AStA-Vorschlag aus der ersten Lesung durch beschlossene Änderungsanträge in der zweiten Lesung bekommen hat (§ 31 (1) Satz 1 GO). Das dreiunddreißigste Studierendenparlament hat 27 Mitglieder, daher sind nach Geschäftsordnung (§ 31 (1) Satz 2 GO) zur Annahme des Haushaltes mindestens 14 Ja-Stimmen nötig. Der Vorsitzende des Studierendenparlaments, INGO BOWITZ (ghg\*ol), ruft die anwesenden ParlamentarierInnen in folgender Reihenfolge zur laut vernehmlichen Stimmabgabe auf:



Liste	ParlamentarierIn	Stimme
uniLinks	DANIEL KRENZ-DEWE	Nein
uniLinks	FLORIAN MUHLE	Nein
RCDS	CORNELIA EICHERT	Nein
RCDS	FRANK-THOMAS HOFMANN	Nein
RCDS	GÖTZ FROMMHOLZ	Nein
Kompass	CHRISTIAN OSINGA	Ja
UNIted	THOMAS SIEBENMORGEN	Nein
UNIted	CHRISTIAN QUADT	Nein
C.S.U.	HEINZ-HARALD TIEMANN	Ja
ghg*ol	INGO BOWITZ	Ja
ghg*ol	JANOSCH STRATEMANN	Ja
ghg*ol	VANESSA KLEINEKATHÖFER	Ja
ghg*ol	MARTIN ISBRUCH	Ja
ghg*ol	MICHAEL KÖMM	Ja
ghg*ol	HENRIK PRUISKEN	Ja
ghg*ol	ANNA MARIA TROST	Ja
ghg*ol	JANINA NEUFELD	Ja
ghg*ol	MAIKEL LINKE	Ja
ghg*ol	JONAS DAMIAN	Ja
Juso-HSG	WIEBKE ESDAR	Ja
Juso-HSG	TILL WESTERMANN	Ja
Juso-HSG	JAN SEELHORST	Ja
	<b>Ja</b>	<b>15</b>
	<b>Nein</b>	<b>7</b>
	<b>Enthaltung</b>	<b>0</b>

Für den Haushalt 2007 haben mehr als die Hälfte der Mitglieder des Studierendenparlaments gestimmt, er ist daher beschlossen.

## 11 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

## 12 Sonstiges

### a) Bericht aus der Finanzkommission

Aus der Finanzkommission (FiKo) berichtet WÖGEN TADSEN. Er habe das Gefühl, dass die Gelder aus Studiengebühren nicht wirklich ausnahmslos in die Lehre gehen würden. So sei bei Anträgen für die freien Kriterien (12,7 % des Haushalts) eine Tendenz festzustellen, dort weniger Mittel als bisher für die Lehre zu beantragen. Dies müsste man in jeder Fakultät schauen, wieviel Geld dort bisher aus den freien Kriterien in die Lehre geflossen ist. Für ihn alleine wäre dies unmöglich, für andere alleine wohl auch nicht. Damit sollte sich eine Gruppe auseinandersetzen, er würde sich durchaus daran beteiligen. Weiteres Thema in der FiKo war die geplante Einführung der Doppik als neues Haushaltssystem statt der bisherigen Kammeralistik. Auf JANOSCH STRATEMANNs (ghg\*ol) Frage

nach den Vorteilen antwortet GÖTZ FROMMHOLZ (RCDS), die Doppik sei transparenter, aber für eine Verwaltung „Unfug“. WÖGEN TADSEN berichtet weiter, dass es im Rektorat Überlegungen gebe, die Dezernate III (Personalangelegenheiten) und V (Haushalt, Rechnungs- und Kassenwesen) zusammenzufassen.

CHRISTIAN OSINGA (Kompass, stv. StuPa-Vorsitz) unterstützt WÖGEN TADSEN hinsichtlich seiner Einschätzung der Umfinanzierung von Lehrausgaben. Dies müsse aber professionell angegangen werden, die Verwaltung solle dies auf gar keinen Fall alleine machen. Der AStA möge doch mal darüber nachdenken. RON HÜLSKÖTTER (AStA-Finanzreferent) bekundet seinen Willen, sich mal mit WÖGEN TADSEN hierzu zusammzusetzen.

WIEBKE ESDAR (Juso-HSG, stv. StuPa-Vorsitz) schließt die Sitzung um 22<sup>00</sup> Uhr.

Hiermit erkläre ich, das Protokoll nach bestem Wissen und Gewissen verfasst zu haben.

Bielefeld, 27. Januar 2007

MARTIN ISBRUCH

Genehmigt in der fünften Sitzung des 33. Studierendenparlaments am 25. Januar 2007.

INGO BOWITZ

(Vorsitzender des 33. Studierendenparlaments)